

Inhaltsverzeichnis

Initiativanträge	1
A-103/1/2017	
Gendergerechte Sprache im Bezirksverwaltungsgesetz einführen	
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission (K)</i>	1
A-101/1/2017	
Die Ruheplatzstraße 8-12 als Vorzeigemodell für kooperative Standortentwicklung	
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission (Kein Konsens)</i>	1

Initiativanträge

1 A-103/I/2017

2

3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4

5 **Gendergerechte Sprache im Bezirksverwaltungsgesetz**
6 **einführen**

7 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordne-

8 tenhauses werden aufgefordert, das Bezirksverwal-

9 tungsgesetz dahingehend zu ändern, dass die sprach-

10 liche Gleichbehandlung von Frauen und Männern wie

11 in § 2 GGO I vorgesehen, auch in den Drucksachen der

12 Bezirksverordnetenversammlungen zur Regel gemacht

13 wird. Hierfür soll im BezVg unter § 8 ein entsprechender

14 Absatz hinzugefügt werden, der die Gleichstellung von

15 Frauen und Männern verpflichtend vorsieht.

16

17 **Begründung**

18 Die von vielen SPD-Fraktionen in den Bezirksverordne-

19 tenversammlungen von Berlin angestrebte sprachliche

20 Gleichstellung von Frauen und Männern wird von

21 aktuell durch noch nach einigen Rechtsansichten durch

22 die fehlende Rückkopplung im Bezirksverwaltungsge-

23 setz verhindert. Obwohl auch Grüne und Linke in den

24 BVV'en die Forderung nach der Nutzung gegenderter

25 Sprache unterstützen, ist die Umsetzung noch unsicher.

26 Durch eine Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes

27 sollen Unklarheiten über die Zulässigkeit einer ent-

28 sprechenden geschlechtergerechten Sprache beseitigt

29 werden.

Annahme in der Fassung der Antragskommission (K)

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeord-

netenhauses werden aufgefordert, das Bezirksver-

waltungsgesetz dahingehend zu ändern, dass die

sprachliche Gleichbehandlung aller Geschlechter auch

in den Drucksachen der Bezirksverordnetenversamm-

lungen zur Regel gemacht wird. Hierfür soll im BezVg

unter § 8 ein entsprechender Absatz hinzugefügt

werden.

30 A-101/I/2017

31

32 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

33

34 **Die Ruheplatzstraße 8-12 als Vorzeigemodell für koope-**
35 **rative Standortentwicklung**

36 Die SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversamm-

37 lung und das SPD-Bezirksamtsmitglied werden gebe-

38 ten, sich im Einklang mit dem kommunalen Wahlpro-

39 gramm der SPD Mitte dafür einzusetzen, dass

- 40 • bei den Planungen und Finanzierungen für
- 41 die künftige Nutzung des Grundstücks Ru-
- 42 heplatzstraße 8-12 die Interessen aller Nut-
- 43 zer*innengruppen (AMANDLA EduFootball,
- 44 Himmelbeet, Vereinssport, Schulsport etc.) be-
- 45 rücksichtigt werden.
- 46 • das Bezirksamt für oben genannten Interessens-
- 47 ausgleich einen engen und offenen Austausch mit
- 48 allen Beteiligten auf Augenhöhe sucht, mit dem
- 49 Ziel einer einvernehmlichen Lösung auf der Flä-
- 50 che. Hier darf es keine einseitige Parteinahme zu
- 51 Gunsten eines der künftigen Nutzer*innen geben,

Annahme in der Fassung der Antragskommission (Kein Konsens)

Die SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenver-

sammlung und das SPD-Bezirksamtsmitglied werden

gebeten, sich im Einklang mit dem kommunalen

Wahlprogramm der SPD Mitte dafür einzusetzen, dass

- bei den Planungen und Finanzierungen für
- die künftige Nutzung des Grundstücks Ru-
- heplatzstraße 8-12 die Interessen aller Nut-
- zer*innengruppen (AMANDLA EduFootball,
- Himmelbeet, Vereinssport, Schulsport etc.) be-
- rücksichtigt werden.
- das Bezirksamt für oben genannten Interessens-
- ausgleich einen engen und offenen Austausch mit
- allen Beteiligten auf Augenhöhe sucht, mit dem
- Ziel einer einvernehmlichen Lösung auf der Flä-
- che. Hier darf es keine einseitige Parteinahme zu
- Gunsten eines der künftigen Nutzer*innen geben,
- indem bspw. die Fläche komplett auf ein*en Nut-
- zer*in übertragen wird. Allen Seiten muss gleicher-
- maßen Kompromissfähigkeit abverlangt werden.

- 1 indem bspw. die Fläche komplett auf ein*en Nutzer*in übertragen wird. Allen Seiten muss gleichermaßen Kompromissfähigkeit abverlangt werden.
- 2
- 3
- 4 • eine langfristig tragbare Lösung für und mit Himmelbeet vereinbart wird, bevor Baumaßnahmen für andere Nutzungen genehmigt werden. Dabei müssen alle Möglichkeiten zum Erhalt von Himmelbeet am gegenwärtigen Standort ausgelotet werden.
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10 • ein möglichst ortsnaher und gleichwertiger Standort für Himmelbeet gefunden wird, der für die Nutzung geeignet ist, sollte ein (temporärer) Umzug unvermeidbar sein.
- 11
- 12
- 13
- 14 • beim eventuell notwendigen (temporären) Umzug der Betrieb von Himmelbeet nicht unterbrochen wird und die anfallenden Kosten nicht durch das Himmelbeet zu tragen sind.
- 15
- 16
- 17

18 **Begründung**

19 Seit 2013 leistet Himmelbeet (seit Anfang unterstützt durch die SPD-Fraktion der Bezirksverordnetenversammlung und die SPD Mitte) über seine soziale und ökologische Stadtteilarbeit einen wertvollen Beitrag zu einem lebenswerten Kiez. Zum einem geschieht dies durch die Bereitstellung von zahlreichen Pacht- und Gemeinschaftsbeeten. Zum anderem trägt Himmelbeet über spezielle Projekte zur Inklusion von Menschen mit Behinderung bei, Hilft durch Zusammenarbeit bezirklicher Initiativen wie Wedding Hilft bei der Integration geflüchteter Menschen in unseren Kiez, führt Kinder-Koch-Workshops mit Weddinger Grundschulen durch, organisiert Volkshochschulkurse im Gärtnern, reinigt Spielplätze und bietet generationenübergreifendes Gärtnern sowie Aktivitäten der Umweltbildung an. Schließlich bildet das Himmelbeet für viele eine Art Nachbarschaftszentrum unter freiem Himmel mit dem Schwerpunkt Umweltbildung und Ernährung.

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37 Der Bezirk hat diese Arbeit u.a. mit der Verleihung des Umweltpreises gewürdigt. Sogar weit über die Bezirksgrenzen hinaus hat Himmelbeet Lob erhalten, unter anderem durch die Auszeichnung mit dem BDA-Architekturpreis und der Nennung als Beispielprojekt im Newsletter zur Nachhaltigkeit der Bundesregierung.

38

39

40

41

42

43 Die jüngst erfolgte Auswahl als Modellvorhaben im Rahmen der Ausschreibung für das Green Urban Lab des Bundesamts für Bauwesen und Raumordnung (BBSR) zeigt ebenfalls die hohe überregionale Wertschätzung. Wenig verwunderlich wurde Himmelbeet beauftragt, ähnliche Projekte an anderer Stelle umzusetzen, unter anderem in der Gropiusstadt, in Köpenick und im Dohnagestell am Plötzensee. Auch die SPD Mitte hat in ihrem kommunalen Wahlprogramm die Wichtigkeit von Projekten wie Himmelbeet betont und sich daher für die Unterstützung von Urban-Gardening-Initiativen durch das Bezirksamt ausgesprochen (S. 8, kommunales Wahlprogramm).

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56 Gleichzeitig besteht im Kiez ein unbestrittener Bedarf an mehr Sportflächen. Schon jetzt ist der Kiez unterversorgt. Aufgrund des Bevölkerungswachstums wird sich das Problem ohne neue Sportanlagen verschärfen. Auf

57

58

59

- eine langfristig tragbare Lösung für und mit Himmelbeet vereinbart wird, bevor Baumaßnahmen für andere Nutzungen genehmigt werden. Dabei müssen alle Möglichkeiten zum Erhalt von Himmelbeet am gegenwärtigen Standort ausgelotet werden.
- Himmelbeet als Vertragspartner in einem Gestaltungsvertrag / Vor-Vertrag mit AMANDLA (und dessen Verhandlung) beteiligt wird.
- der Antrag zum Modellvorhaben Green.Urban.Labs tatsächlich eingereicht wird.

1 dem Gelände am Ruheplatz 8-12 kann hier für Verbes-
2 serung gesorgt werden. Ohne das geplante Safe Hub
3 von AMANDLA EduFootball dürfte der Bau der Sporthal-
4 le jedoch kaum möglich sein. Ohnehin bietet der Safe
5 Hub beträchtliche Möglichkeiten. In den vorgesehenen
6 Bildungs-, Beratungs- und Förderangeboten können die
7 Jugendlichen viele wichtige Fähigkeiten entwickeln, die
8 sie in ihrem (Berufs-)Leben weiterbringen werden. Ge-
9 rade für die vielen Weddinger Kinder aus benachteilig-
10 ten Familien stellt dies eine große Chance dar.
11 Dies darf allerdings nicht zur Gefährdung eines ande-
12 ren Motors der Kiezentwicklung, wie dem Himmelbeet,
13 führen. Schon eine ein Unterbrechung der Arbeit, die
14 durch die Bauarbeiten notwendig werden könnten, be-
15 deutet für das Himmelbeet das Aus. Eine Verlegung
16 an einen ungeeigneten Standort hätte denselben Ef-
17 fekt. Eine Verlegung an einen weit entfernten Stand-
18 ort außerhalb des Kiezes würde die jahrelange Vernet-
19 zungsarbeit zunichtemachen und somit auch das Aus
20 bedeuten.
21 Um einen für alle Beteiligten gangbaren Weg zu finden,
22 ist ein enger und offener Austausch mit den künftigen
23 Nutzern notwendig, zu dem AMANDLA EduFootball und
24 Himmelbeet große Bereitschaft zeigen. Auch die SPD
25 Mitte hat sich in ihrem kommunalen Wahlprogramm
26 für offene Kommunikations- und Beteiligungsprozesse
27 auf Augenhöhe mit den Akteuren der Zivilgesellschaft
28 stark gemacht. Die zusätzlichen Bundesmittel, die der
29 Bezirk aus dem Green.Urban.Lab-Programm für diesen
30 Zweck erhält, ermöglichen die Umsetzung eines derart
31 transparenten und partizipativen Prozesses.